

Same same or different? Von Rica Heinke

Der Stimmzettel liegt versiegelt im roten Umschlag auf dem Schreibtisch. Aber warum zur Post gehen und ihn einwerfen? Facebook fragt was ich gerade mache. Soll ich meine 313 Freunde dazu auffordern diesen Sonntag wählen zu gehen? Wozu? Die offizielle Wahlkampagne der EU verspricht mir wie ein abgelegter Ex-Freund, der Besserung beteuert, „This time it’s different“, aber was genau unterscheidet die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament von vorangegangenen?

Beim Blick auf den Stimmzettel war ich kurz versucht, das Kreuz bei einer Quatschpartei zu machen. *Die Partei* wirbt in Bremen mit dem Mauerbau, um mit 20% der Deutschen, die sich die Mauer zurückwünschen, eine neue Zielgruppe anzusprechen und mit Nonsense-Werbung wie „Wo ist meine Katze“ die allgemeine Absurdität von Wahlkämpfen aufs Korn zu nehmen. Steht hinter der *Partei* augenscheinlich eine zynische Sicht auf den Politikbetrieb als ganzem, regt sie doch zum Nachdenken an: Wieso überhaupt ernsthaft wählen? Was habe ich davon und was hat Europa davon?

Zuerst einmal wird es in diesem Jahr tatsächlich eine faktische Neuerung geben. Zum ersten Mal wird das Europaparlament nach Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags gewählt. Deutschland kommen 3 Sitze weniger zu als in der vergangenen Legislaturperiode. Zudem wird das Europaparlament den Präsidenten der Europäischen Kommission bestimmen. Doch das sind nicht mehr als Details betrachtet man die politische Bedeutung, die der Europawahl zukommt.

In der politikwissenschaftlichen Forschung wird nach wie vor diskutiert, ob die Wahlen zum Europaparlament ihren leidigen Status als *second-order-elections* endlich abstreifen können oder weiterhin von Wählerschaft und Medien als zweitrangige Wahlen aufgefasst werden, die im Schatten nationaler Abstimmungen stehen. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl im Jahr 2009 war mit 43% erschreckend niedrig. Nicht einmal die Hälfte der EU-Bürgerinnen wollte ihre politische Stimme abgeben! Und der politische Unmut, der der EU im Zuge der Finanzkrise vor allem in Form von Protestbewegungen in den krisengeschüttelten Ländern wie Spanien, Portugal und Griechenland entgegenschmetterte, gibt Anlass zur Sorge, dass die Wahlbeteiligung dieses Jahr noch schlechter ausfallen könnte. Sollten auch dieses Jahr nur ein kleiner Teil der 400 Millionen wahlberechtigten EU-Bürger_innen zu den Wahlurnen gehen, käme dies einer ernsthaften Delegitimation des Europaparlaments gleich und Einbußen in der Glaubwürdigkeit des politischen Systems der EU insgesamt wären die Folge. Stimme oder keine Stimme macht also einen Unterschied – ein politisches Statement für oder gegen die demokratische Wirksamkeit und Zukunftsfähigkeit der EU.

Der Stimmzettel und der Blick auf die Wahlplakate offeriert den Wähler_innen auch eine euroskeptische, ja antieuropäische „Alternative“. In Deutschland hat die 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* dem im Zuge der EU-Krise aufkeimenden Nationalismus und Euroskeptizismus ein Gesicht und Sprachrohr gegeben. Der öffentliche Diskurs ist uneins über das Label, das man dieser Partei geben soll. Konservativ? Europafeindlich? Nationalistisch, gar rechtspopulistisch? Die AfD selbst macht in ihrem Wahlprogramm deutlich: Der liberale Wettbewerb innerhalb der EU soll gestärkt werden, einer „Harmonisierung“ und „Zentralisierung“ durch die EU müsse entgegengewirkt werden. Die AfD fährt damit eine klar nationalistische Linie, fordert eine rigide Einwanderungspolitik und bietet Anleitungen für die „konstruktive Beendigung dieses misslungenen Projekts“ – gemeint

ist der Austritt Deutschlands aus dem EU-Währungsraum.

Doch auch ein Blick über deutsche Grenzen hinweg zeigt, die Finanzkrise und die damit einhergehende europakritische Stimmung in Teilen der Mitgliedstaaten hat den rechtspopulistischen Parteien Futter für ihre nationalistischen Kanonen gegeben. Die faschistische Partei *Golden Dawn* in Griechenland gewann bei der Wahl zum griechischen Parlament 16 Sitze und macht sich mit einem eindeutig antieuropäischen und faschistischen Programm für die anstehende Europawahl stark. Auch der europafeindlichen *Front National* um Marine le Pen in Frankreich werden 20 bis 24% der Stimmen prophezeit.

Die Nichtwahl als Protest mag von einigen Wähler_innen als Zeichen ihres Unmuts gegenüber der Europäischen Union genutzt werden. Mangelnde Transparenz, Demokratiedefizit, die Austeritätspolitik der Troika, all das mag man kritisieren. Eine Nichtwahl lässt aber auch die Chancen der euroskeptischen, rechten und populistischen Kräfte, die zur Wahl antreten, steigen. Um zu verhindern, dass rechtspopulistische und antieuropäische Stimmen Einzug in das Europaparlament erhalten und die EU von innen heraus mit fremdenfeindlichen und nationalistischen Meinungen aushöhlen, muss man die Parteien, die versuchen konstruktive Veränderungen auf demokratischem Wege zu erzielen durch eine Stimme unterstützen.

Die Finanzkrise weitete sich in den vergangenen Jahren zu einer politischen Krise aus, im Zuge derer vor allem soziale Bewegungen in den Krisenstaaten ihren Unmut über die Austeritätspolitik der Troika durch Protest Ausdruck verliehen. Menschen überall in Europa stellten sich die Frage, welchen Einfluss die Europäische Union auf die Belange der Bürger_innen haben kann und ob dieser Einfluss nicht wie im Falle der Austeritätspolitik der Troika durch Sozialkürzungen vor allem die Belange der Bürger missachte. Eine Veränderung der europäischen Politik auf intrinsischem Wege schien fielen wie ein hoffnungsloses Unterfangen. So legitim die Forderungen der Sozialen Bewegungen auch waren und sind, bleibt doch die Kritik an ihnen angesichts der Europawahl aktuell: Waren die sozialen Bewegungen ein rein temporärer Aufschrei, der den Unmut der EU-Bürgerinnen ausdrückte nicht jedoch Handlungsalternativen aufzeigte? Und: Wie lässt sich der Unmut in konkrete politische Forderungen umwandeln?

Das Jahr 2014 hat auch einen symbolischen Wert. Als Jahr in dem der Beginn des ersten Weltkriegs genau ein Jahrhundert zurückliegt und seit dem Beginn des zweiten Weltkriegs 65 Jahre vergangen sind, lenkt es den Blick auf die Gründungsgeschichte der Europäischen Union. Die Kernidee des Europäischen Integrationsprozesses war es schließlich zuerst durch wirtschaftliche Kooperation, dann durch verstärkt auch politische Zusammenarbeit zerstörerische Kriege und Konflikte unmöglich zu machen.

Die Finanzkrise hat das politische und wirtschaftliche System der Europäischen Union in Frage gestellt aber gleichzeitig auch wichtige Fragen auf die politische Agenda gesetzt: Kann eine wirtschaftliche Union ohne politische Union funktionieren? Können Staaten mit so unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstaatsmodellen in einer Union allgemein gültige Regeln schaffen? Zudem machte die Finanzkrise deutlich: Die EU ist ein Raum wirtschaftlicher *Interdependenz*. Soll die EU weiterhin handlungsfähig sein, bedarf sie der Unterstützung ihrer Mitgliedstaaten und deren Einsicht, dass europäische Politik immer ein verantwortungsvolles Abwägen nationaler wie supranationaler Belange gleichermaßen ist. Migrations- und Asylpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umweltpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, alle diese Politikbereiche eint ihre unbedingte Aktualität für die

Europäische Union. In der Krim-Krise ist eine gemeinsame Haltung gefragt, die zunehmende Abschottung der außereuropäischen Grenzen wird durch die prekäre und lebensgefährliche Situation der afrikanischen Flüchtlinge mehr als in Frage gestellt und die Nachwehen der Finanzkrise haben mit einer starken Arbeitslosigkeit – vor allem auch der jungen Bevölkerung – noch nicht nachgelassen. Alle diese Faktoren fordern politische Regelungen.

Eine Stimme unter 400 Millionen ist geradezu erschreckend klein. Aber erst wenn das bereits bestehende politische System der EU mehr Unterstützung durch die Wähler_innen findet, kann es auf demokratischem Wege Stück für Stück mehr Legitimation erfahren und in eine gemeinsame europäische Zukunft führen. Ich werde den Brief einschmeißen – der Unterschied wird nicht zu merken sein, aber er ist da.